bnr.de
blick nach rechts

16. April 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 08/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Neuorientierung 2

Bei der NPD hat sich der scheinbar radikalere Flügel durchgesetzt – eine Reihe von Namen, die das Bild der Partei in den letzten Jahren geprägt haben, ist aus dem Vorstand verschwunden.

Saubere Mannschaft 4

Ein erheblicher Anteil der NPD-Bundesvorstandsmitglieder ist bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Rassistische Klänge 5

Für Frank Rennicke ist Rudolf Heß Vorbild.

Österliche Kampfparolen 6

Aufgeheizte Stimmung und Rangeleien beim Neonazi-Aufmarsch in Lüneburg.

„Symbol für alle deutschen Opfer“ 7

Rechtsextremer Märtyrerkult in Stolberg scheint sich zu etablieren – Demonstrationen sind bis 2018 angemeldet.

VERFASSUNGSSCHUTZ 8

Aktivistisches Potenzial 8

Junge Nationaldemokraten und Neonazis sind in Bayern wie auch Baden-Württemberg auf dem Vormarsch.

AUSLAND 9

Krisenzeiten 9

Der rechtsextreme französische Front National führt eine aktive Wahlkampfkampagne mit sozialpopulistischen Themen.

GRAUZONE 10

Zwielichtige Nähe 10

Die „Humanwirtschaftspartei“ wird ihren bräunlichen Schatten nur schwer los.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 11

Verweigerte Rettung 11

In der Türkei und in Norwegen haben rigide Staatsbürgerschaftsgesetze, Bürokratie sowie auch Kollaboration den Nazis bei der Verfolgung der Juden in die Hände gespielt.

MELDUNGEN 12

Neuorientierung

Bei der NPD hat sich der scheinbar radikalere Flügel durchgesetzt – eine Reihe von Namen, die das Bild der Partei in den letzten Jahren geprägt haben, ist aus dem Vorstand verschwunden.

Im engsten Führungszirkel der NPD ist das Klima in den letzten Monaten frostig geworden. Wie frostig, ist zu Beginn ihres Parteitags Anfang April in Berlin-Reinickendorf zu besichtigen. Keines Blickes würdigen sich der Vorsitzende Udo Voigt und seine Kontrahenten Holger Apfel, Udo Pastörs und Peter Marx auf der Bühne des Ernst-Reuter-Saals. Keine Hand rührt sich bei den Voigt-Gegnern, als der Vorsitzende die Delegierten begrüßt. Nicht einmal hinschauen mögen sie. Tagungsunterlagen und Hallendecke scheinen interessanter zu sein. Auf den Einmarsch des Vorstands mit Fahnen und zackiger Musik hat die Partei gleich ganz verzichtet. Das wäre auch zu viel der Symbolik, schließlich marschiert die Vorstandsriege schon seit Monaten in ganz verschiedene Richtungen.

Eine halbe Stunde später lässt sich bereits ahnen, dass am Ende des Parteitags der alte auch der neue Vorsitzende sein wird. Voigt nutzt seine Eröffnungsworte – eigentlich nur eine protokollarische Formalie – zur Abrechnung mit seinen Gegnern. Insbesondere Peter Marx wirft Voigt „ein so nicht bekanntes Intrigenspiel" vor. Die gegen Marx gerichteten „Pfui Deibel"-Rufe aus dem Saal geben einen ersten Fingerzeig, dass die Voigt-Opponenten den Kürzeren ziehen werden. Mit solchen Rufen werden auch Apfel und Pastörs eingedeckt, als Voigt deren Rolle bei der Ankündigung Andreas Molaus, NPD-Chef werden zu wollen, schildert. Er gibt sich als Anwalt der Basis, wirft seinen Gegnern vor, persönliche Ziele seien ihnen wichtiger als die Partei. In Richtung der Fraktionschefs zielt auch sein Hinweis, einige, „die heute das große Wort führen", säßen dank der Anstrengungen der Partei in bestimmten Positionen. „Wir wollen hier nicht belogen werden!", ruft er in den Saal, und wieder beweist der Beifall, wo die stärkeren Bataillone stehen.

Voigts Wunsch nach einer „neuen Führungsmannschaft" wird von den anfangs 218 Delegierten erfüllt. Er selbst setzt sich mit 136 gegen 72 Stimmen deutlicher als zuletzt erwartet gegen Pastörs durch. Seine Gegner treten bei den folgenden Abstimmungen gar nicht mehr an. Die von Voigt vorgeschlagene Stellvertreterriege findet die Zustimmung. Bei 199 abgegebenen Stimmzetteln – rund 20 Delegierte haben offenbar nach seinem Triumph bereits das Weite gesucht – kommen der Münchner Stadtrat Karl Richter auf 166 und der Leiter des NPD-Rechtsamts und thüringische Landesvorsitzende Frank Schwerdt auf 137 Stimmen. Richter soll auch die Aufgabe zufallen, das NPD-Blatt „Deutsche Stimme", das zuletzt eher in den Händen der Voigt-Gegner war, wieder auf Linie zu bringen. Als dritter Parteivize wiedergewählt wird der Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger mit 111 Stimmen.

„Eine an Primitivität nicht zu überbietende Schlammschlacht"

Für die Parteifinanzen sollen künftig der niedersächsische Landeschef Ulrich Eigenfeld und der schleswig-holsteinische Landesschatzmeister Wolfgang Schimmel verantwortlich sein, die freilich bei der Wahl der Beisitzer, an der am zweiten Tag der Veranstaltung sogar nur noch 162 beziehungsweise 117 Delegierte ihre Stimme abgeben, schwache Ergebnisse erzielen. Aus dem Vorstand verschwinden mit Apfel, Pastörs, Marx, Sascha Roßmüller, Stefan Köster, Andreas Molau, Jürgen Gansel und Olaf Rose eine Reihe von NPDlern, die das Bild der Partei in den letzten Jahren mitgeprägt haben. Der radikalere Flügel gewinnt hingegen mit der Wiederwahl von Rieger, Eckart Bräuniger und Thorsten Heise sowie den neuen Vorstandsmitgliedern Claus Cremer, Thomas Wulff oder Andreas Thierry an Bedeutung. Abgesehen von der Vertreterin des Rings Nationaler Frauen, die kraft Amtes dem Gremium angehört, ist der Parteivorstand wieder zu einer rein männlichen Angelegenheit geworden.

Journalisten sind während der Beratungen und Wahlen unerwünscht. „Hier befindet sich ein Haufen Geschmeiß", sagt David Petereit, stellvertretender Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern, mit Blick auf die Medienvertreter auf der Empore vor dem Einstieg in die Debatte und fordert deren Ausschluss: „Die Typen haben hier nichts verloren." Das Delegiertenvolk johlt und beschließt den Rauswurf mit klarer Mehrheit. Manfred Börms Ordnertruppe sorgt dafür, dass Pressevertreter dem Saal und den drinnen sich bekriegenden Partei-„Freunden" nicht zu nahe kommen.

Dass die Voigt-Opponenten draußen vor der Tür den Kontakt mit den Medien suchen, kann er nicht verhindern. Von einer „kritischen Loyalität“ zum neuen Vorstand spricht Apfel dort. Zugleich betont er noch einmal die Differenzen zum Lager Voigts. Zum Beispiel das Verhältnis zum „Schwarzen Block“: Die NPD dürfe „nicht als Bürgerschreck wahrgenommen“ werden. Voigts Verhalten in dieser Frage sei „an Inkonsequenz kaum zu überbieten“. Zum Beispiel die Personalie Rieger: Der habe im Vorfeld des Parteitags eine „an Primitivität nicht zu überbietende Schlammschlacht eröffnet“. Zum Beispiel das Verhalten gegenüber jenen „parteifreien“ Neonazis, die Apfel für nicht vorzeigbar hält: Er kritisiert beispielsweise, dass die NPD in Nordrhein-Westfalen mit einem „Politclown wie Axel Reitz“ in den Wahlkampf ziehe. Er wolle statt dessen einen „Kurs des zukunftsorientierten Nationalismus“ verfolgen, sagt Apfel und macht damit deutlich, dass er das Attribut „zukunftsorientiert“ der Parteitagsmehrheit nicht zubilligen will.

„Beispielgebender sächsischer Weg“

Drinnen im Saal bemüht sich Voigt bei einer Pressekonferenz um Normalität nach einem für NPD-Verhältnisse so unnormalen Parteitag. Gemeinsam mit seinem DVU-Kollegen Matthias Faust will er den Kandidaten der beiden Rechtsaußenparteien für das Amt des Bundespräsidenten vorstellen. Doch diese Personalie interessiert an diesem Tag eher wenig. Nach den Parteifinanzen wird er stattdessen gefragt. Optimistisch zeigt sich Voigt, dass die NPD im juristischen Streit über die Strafforderung der Bundestagsverwaltung über 2,5 Millionen Euro Erfolg haben würde. Falls nicht, werde man sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig auf die Landtagswahlen an der Saar, in Thüringen und Sachsen konzentrieren. Wie sich denn sein Vorschlag, Thomas Wulff als Beisitzer zu wählen, mit dem Rüffel vertrage, den der Parteivorstand dem bekennenden Neonazi im vorigen Jahr erteilt hatte, weil er eine Hakenkreuzfahne ins Grab von Friedhelm Busse gelegt hatte? Der Vorstandsbeschluss sei richtig gewesen, meint Voigt – einerseits. Andererseits lässt er aber durchblicken, dass ihn im Rückblick nicht die Hakenkreuz-Grabbeigabe an sich stört, sondern nur die Tatsache, dass damit er, der Parteivorsitzende, kompromittiert worden sei. Die NPD und der „Schwarze Block“? Diese Aktionsform sei „für mich verständlich“ – einerseits. Andererseits: Nicht verständlich sei es für ihn aber, wenn diese Aktionsform bei NPD-Veranstaltungen praktiziert werde. Eine Konstante in Voigts Amtszeit ist das Lavieren zwischen den Lagern – das scheint sich auch nicht zu ändern, nachdem seine Kontrahenten aus den Führungspositionen gedrängt worden sind. Ob die NPD gut beraten sei, im Vorstand auf die beiden Fraktionschefs zu verzichten? Das sei schließlich deren „freie Entscheidung“ gewesen, sagt Voigt – einerseits. Andererseits: Jeder mache ja „seine politische Arbeit vor Ort weiter“.

Der Wechsel zur DVU als mögliche Option

Wirklich beruhigen kann ihn dies aber nicht. Sein an die Mitglieder gerichteter Appell, „Sonderwege im Interesse der Einheit der Partei zu vermeiden. Nur Einigkeit macht stark und wir alle sind gehalten, den deutschen Weg zu gehen“, droht zu verhallen. Am Tag nach dem Parteitag erklären Apfel und Gansel, was unter „kritischer Loyalität“ zu verstehen ist. Sie wollen „deutlicher als früher auf Fehlentwicklungen in der Partei hinweisen“ und beweisen, dass der „sächsische Weg“, der sich abgrenze von „unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe“, über Sachsen hinaus „beispielgebend“ sei. Bereits die unmittelbar auf die Landtagswahl folgende Bundestagswahl werde zeigen, „welcher Politikstil der Landesverbände der erfolgreichste ist“. Pastörs bevorzugt statt der „kritischen Loyalität“ für sich gar die „kritische Distanz zum Bundesvorstand“. Seine politische Zukunft verknüpfe er „aufs Engste mit der zukünftigen programmatischen Ausrichtung unserer NPD ebenso wie mit der Fähigkeit, sich von politikunfähigen Strömungen nicht vereinnahmen zu lassen“. Zwar dementieren Apfel & Co., dass sie mit einem Wechsel zur DVU liebäugeln. Doch tatsächlich bleibt ein solcher Wechsel eine mögliche Option – abhängig vom Ergebnis der in diesem Jahr anstehenden Wahlen und von einer dann möglichen Neuauflage des Machtkampfs. DVU-Chef Matthias Faust würde ihnen nicht die Tür weisen: „Ich freue mich selbstverständlich über jedes neue, konstruktive Mitglied, möchte allerdings nicht den Eindruck erwecken, unserem Bündnispartner nun die Mitglieder abwerben zu wollen.“

Tomas Sager

Saubere Mannschaft

Ein erheblicher Anteil der NPD-Bundesvorstandsmitglieder ist bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Mehrere Mitglieder des neuen NPD-Bundesvorstands verfügen über ein stattliches Strafregister und/oder gehörten zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Organisationen an. Auch mit antisemitischen, gewaltverherrlichenden und rassistischen Aussagen sind NPD-Bundesvorständler bereits einschlägig hervorgetreten.

Neuer und alter Anführer der NPD-Mannschaft ist Udo Voigt. Auf einer NPD-Veranstaltung zugunsten des Neonazis Michael Regener (alias „Lunikoff") am 21. Oktober 2006 vor der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel drohte Voigt anwesenden Journalisten: „Ich sichere den Schreiberlingen der Massenmedien zu, die morgen wieder ihre Hetze verkünden werden: Wenn sich die Machtverhältnisse geändert haben, dann haben wir unsere Volksverhetzungsprozesse längst hinter uns. Ihr werdet sie dann aber vor euch haben." Der neugewählte Stellvertreter Voigts Karl Richter, Münchner Stadtrat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA), wurde am 21. August 2008 vom Münchner Amtsgericht wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe von 5.600 Euro verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Richter bei seiner feierlichen Vereidigung als Stadtrat im Mai 2008 den Hitler-Gruß gezeigt hatte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. 1995 erhielt Richter vom Amtsgericht Coburg wegen Volksverhetzung eine fünfmonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung. Grund: Die Monatszeitschrift „Nation&Europa", deren Chefredakteur er war, hatte ein rassistisches „Gedicht" veröffentlicht.

Neuer Stellvertreter Voigts wurde auch Frank Schwerdt. Der thüringische NPD-Landesvorsitzende Schwerdt war Vorsitzender des Vereins „Die Nationalen e.V.", der sich 1997 wegen eines bevorstehenden Verbots auflöste. Von Mitte 1998 bis Mai 1999 verbüßte Schwerdt in der JVA Tegel eine neunmonatige Haftstrafe unter anderem wegen Volksverhetzung. Ende 1999 stand dann eine sechsmonatige Haftstrafe im offenen Vollzug an. Schwerdt hatte die gewaltverherrlichende CD „Unsere Einigkeit macht uns zur Macht" produziert und den Verkauf organisiert. Zuletzt wurde er vom Amtsgericht Pößneck wegen eines nicht genehmigten Konzerts zu einer Geldbuße von 3.500 Euro verurteilt. Das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig. Das Trio der NPD-Bundesvize komplettiert der Hamburger NPD-Landesvorsitzende Rieger. Rieger trat 2006 der NPD bei. In seinen Reden vertritt er, so das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz, „nicht selten offen nationalsozialistische Thesen". Der langjährige Vorsitzende der rassistischen „Artgemeinschaft" musste sich unter anderem wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Körperverletzung vor Gericht verantworten.

„Gewaltbereiter Führungsaktivist"

Auch der überwiegende Teil der weiteren Bundesvorstandsmitglieder ist bereits einschlägig aufgefallen: Jens Pühse, der Eigenangaben zufolge seit seinem 14. Lebensjahr in politisch rechtsgerichteten Organisationen aktiv ist und seit 1998 dem NPD-Bundesvorstand angehört, war Mitglied der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front". Klaus Beier, NPD-Bundessprecher sowie brandenburgischer Landesvorsitzender, wurde im Juni 2008 vom Amtsgericht Fürstenwalde wegen Hausfriedensbruch – noch nicht rechtskräftig – zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verdonnerte im Oktober vergangenen Jahres den NPD-Liedermacher und Berliner Landeschef Jörg Hähnel zu einer Geldstrafe von 4.500 Euro. Hähnel habe, so die Auffassung des Gerichts, die Tötung von Rosa Luxemburg gebilligt. Es könne eine Stimmung entstehen, wonach andere es legitim fänden, politisch Andersdenkende aus dem Weg zu schaffen, urteilte das Amtsgericht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Wegen Sachbeschädigung und Sprühen von fremdenfeindlichen Parolen handelte sich Hähnel bereits 1996 vom Amtsgericht Frankfurt/Oder eine Geldstrafe ein. Hähnel war auch in der kürzlich verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend" zugange.

Ulrich Pätzold, vormals bayerischer Landeschef der Deutschen Partei, fiel niedersächsischen Verfassungsschützern wegen Propaganda von „gängigen rechtsextremistischen Auffassungen wie ‚Schuldkomplex'…‚Umerziehung' und der These von den hinter der politischen Klasse Amerikas stehenden ‚Mächten'" auf. Der bisherige NPD-Bundesgeschäftsführer Eckart Bräuniger wurde 2005 von Berliner Verfassungsschützern als „gewaltbereiter Führungsaktivist" eingestuft. Bräuniger war Mit-

glied der 1995 verbotenen FAP. Im April 2004 wurde der einstige Kroatien-Söldner zusammen mit weiteren Aktivisten der Neonazi-Kameradschaft „Nordland“ in einem Waldgebiet in Brandenburg bei einer Wehrsportübung festgenommen. Der knasterfahrene Thorsten Heise, ehemals niedersächsischer FAP-Landeschef, wird vom thüringischen Verfassungsschutz zu den „bekanntesten Neonazis“ gezählt. Heise, unter anderem verurteilt wegen Volksverhetzung, Vergehen gegen das Waffengesetz und Körperverletzung, ist Betreiber des Musik- und Devotionalienvertriebs „WB Versand“.

Wegen Betätigung im nationalsozialistischen Sinn verurteilt

Wegen Volksverhetzung ist der neue NPD-Bundesvorständler Claus Cremer, NPD-Chef in Nordrhein-Westfalen, verurteilt. Sein Vorstandskollege Thomas Wulff war Anführer der 1995 verbotenen „Nationalen Liste“. Im Oktober 1996 hatte er vom Landgericht Hamburg eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung erhalten. Wulff war presserechtlich Verantwortlicher eines Artikels in dem Blatt „Index“, in dem von der „angeblichen Massenvernichtung von Juden“ die Rede war. Auch der aus Österreich stammende Andreas Thierry, NPD-Landesvize in Baden-Württemberg, ist in den Bundesvorstand als Beisitzer eingezogen. Der Neonazi wurde vom österreichischen Gerichtshof wegen Betätigung im nationalsozialistischen Sinn zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Thierry forderte auf einer NPD-Veranstaltung am 22. August 1999 in Ingolstadt, „Rassenlehre wieder zur Grundlage der Gesellschaftsordnung zu machen“. Das Landgericht Berlin verurteilte den neuen NPD-Bundesvorständler Uwe Meenen im Dezember 2004 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe. In einem Text, den Meenen und Reinhold Oberlercher als Verantwortliche für das „Deutsche Kolleg“ im Internet veröffentlicht hatten, wurde unter anderem der Fortbestand des Deutschen Reiches proklamiert. 1991 war Meenen Gründungsmitglied des „Bundes Frankenland“. Nach Ansicht der bayerischen Verfassungsschützer wolle diese Neonazi-Vereinigung „die Beseitigung des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie sowie die Schaffung eines ‚Vierten Deutschen Reiches‘ nationalistisch-rassistischer Prägung“.

Anton Maegerle

Rassistische Klänge

Für Frank Rennicke ist Rudolf Heß Vorbild.

Der braune Liedermacher Frank Rennicke soll der gemeinsame Kandidat von DVU und NPD für das Amt des Bundespräsidenten sein. Rennicke sei ein „junger und im gesamten nationalen Lager akzeptierter Mann“, betonte der NPD-Bundeschef Udo Voigt am 3. April in Berlin.

Geboren wurde der engagierte Nationaldemokrat 1964 in Braunschweig. Seit Herbst 2006 ist Rennicke im bayerischen Schillingsfürst wohnhaft. Dort hat seine Ehefrau Ute im Mai 2002 ein landwirtschaftliches Anwesen erworben. Auf dem Anwesen fanden auch Veranstaltungen der jüngst verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), statt. Rennicke ist der bekannteste rechtsextreme Liedermacher in der Bundesrepublik Deutschland. Der mehrfache Vater hat über 20 eigene Tonträger veröffentlicht und rund 650 Auftritte hinter sich gebracht. Mehrere Tonträger von Rennicke wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bereits indiziert. Der braune Barde bestreitet seit Jahren das kulturelle Begleitprogramm bei NPD-Parteiveranstaltungen und wirkte auch bei den „Schulhof-CDs“ der NPD mit. Zur Bundestagswahl 2005 kandidierte Rennicke auf Platz 3 der rheinland-pfälzischen Landesliste der NPD. Auch bei Veranstaltungen der Republikaner, der Deutschen Konservativen, der Gesellschaft für freie Publizistik und der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ war Rennicke schon zu Gast.

1987 veröffentlichte der Liedermacher, damals Mitglied der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ (Gau Schwaben) seine erste Musikkassette mit dem Titel „An Deutschland“, die 1994 indiziert wurde. In seinen Liedern vertritt Rennicke offen fremdenfeindliche und rassistische Ansichten. So heißt es in „Die neue Internationale“: „Strömt herbei, ihr Völkerscharen, immer herein ins deutsche Land, und knechtet dann die Deutschen und stellt sie an die Wand. Strömt herbei, Ihr Völkerscharen, keine Grenze hält euch stand – und wir Deutschen sind in Jahren nur noch Gast in unserm Land.“ In dem Lied „Damals im Mai“ verherrlicht Rennicke den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß als „Held ... Lehrer, Vorbild und Garant“.

Anton Maegerle

Österliche Kampfparolen

Aufgeheizte Stimmung und Rangeleien beim Neonazi-Aufmarsch in Lüneburg.

Mit einer geballten Portion Aggressivität zogen die rund 150 Neonazis in Lüneburg am Ostersamstag vom Bahnhof los. Der Aufmarsch, begleitet von Parolen wie „Kein Fußbreit den linken Verbrechern", war von Christian Sternberg, Betreiber des Szeneladens „Hatecore" (vormals „Temple of Football") angemeldet worden. Sternberg erschien am Bahnhof mit einer Truppe von 20 Leuten. Die Stimmung war schnell aufgeheizt. Die Polizei brachte eine speziell für Demonstrationen ausgebildete Hundertschaft aus Hamburg in Stellung. Als erster Redner schürte Dennis Bührig von der „Kameradschaft 73 Celle" den Hass, als er gegen angebliche Ladenbeschädiger drohte: „Lasst euch dabei nicht erwischen", ansonsten „würdet ihr euch wünschen, die Polizei wäre uns zuvorgekommen". Am Lautsprecherwagen brachte Thomas Wulff die Marschierer auf Linie. Vorneweg schrie ein Einpeitscher der „Autonomen Nationalisten" die üblichen Kampfparolen ins Megaphon, wie „Wer, wenn nicht wir – Nationaler Sozialismus jetzt, jetzt, jetzt".

Die Neonazis wurden immer unruhiger, als es mit der Demonstration nicht weiterging. Nur wenige hundert Meter weiter war es 167 friedlichen Gegendemonstranten gelungen, eine Brücke auf der Route der Neonazis zu blockieren. Als der Demonstrationszug nach hundert Metern von Uniformierten gestoppt wurde, gingen die Neonazis gewaltbereit gegen Polizeibeamte vor und versuchten, durch deren Absperrung zu brechen. Bei den Rangeleien mittendrin: alte Kader der Freien Kräfte wie Dieter Riefling aus Hildesheim oder Peter von der Born aus Kiel. „BRD heißt das System, morgen wird es untergehen!" schrie Wulff dabei immer wieder durch den Lautsprecher.

Aus Lüneburg waren vor allem die Anhänger der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend" Manfred Börm und Christian Berisha, genannt „Vase", sowie Lasse Krüger von den Jungen Nationaldemokraten vertreten. Berisha, der in der Lüneburger Innenstadt eine Internetfirma betreibt, schien im Hintergrund die Fäden zu ziehen, aufgeregt sprach er mit zahlreichen Neonazis. Michael Grewe, ehemaliger Lüneburger, jetzt im Landkreis Ludwigslust wohnhaft, unterhielt sich angeregt mit einem alten Skinhead-Kameraden aus Uelzen. Die Kameradschaften aus Schneverdingen, Hildesheim und Hamburg waren dabei. Aus dem Umfeld des Hamburger „Aktionsbüros" kamen Torben Klebe, Tobias Thiessen und Inge Nottelmann angereist. Ein Teilnehmer trug die Aufschrift „Burschenschaft Thormania" auf seinem Shirt, ein anderer gab seine Herkunft mit Wolfsburg an. Rainer Stanke und sein „Widerstand" aus dem mecklenburgischen Waschow bei Wittenburg waren gekommen, auch sie gaben sich aggressiv.

Nach der Ansage aus dem Polizeilautsprecher, dass die Neonazi-Demonstration aufgelöst sei, weil eine Alternativroute nicht angenommen wurde, entstanden neue Rangeleien. Glatzköpfige Anhänger des „Waschower Widerstands" bauten sich vor den behelmten Polizisten auf. Journalisten und Fotografen verzogen sich vorsichtshalber auf einen Hügel oberhalb des eingekesselten Neonazi-Aufzugs. Die Stimmung wurde aggressiver und unberechenbarer, alles in allem zeigten die Neonazis äußerste Gewaltbereitschaft. Adolf Dammann, niedersächsischer NPD-Kader, hielt trotz Auflösung der Versammlung auf dem Bahnhofsvorplatz noch eine langatmige Rede. Er schwadronierte davon, wie weit sei es noch sei bis zur „Schutzhaft für Nazis" oder bis „zum Zertrümmern der Fensterscheiben von Nazis" in einer „Bundeskristallnacht".

Neonazis als Opfer, dieses Thema nahm auch der nächste Redner Dieter Riefling, auf. Er forderte die Freilassung von zwei in Gewahrsam genommenen Kameraden, die sich gewaltbereit gegenüber Polizeibeamten gezeigt hatten. Riefling, der vor Jahren wegen Körperverletzung gegen einen Beamten in Zivil verurteilt worden war, bezeichnete die Situation als „weiteren Schandfleck in der Geschichte des deutschen Polizisten". Die Polizei würde „Hand in Hand mit kriminellen Mordbrennerbanden" in Lüneburg versuchen, der „Nationalen Opposition die Stimme zu nehmen". Die Polizei forderte die Teilnehmer zum Gehen auf und drohte mit dem Einsatz von Gewalt. Einige Neonazis verzogen sich bereits. Die restliche große Gruppe wurde schließlich unter massivem Polizeieinsatz zu den wartenden Zügen gedrängt. Nach rund zwei Stunden war der braune Spuk vorüber.

Andrea Röpke

„Symbol für alle deutschen Opfer"

Rechtsextremer Märtyrerkult in Stolberg scheint sich zu etablieren – Demonstrationen sind bis 2018 angemeldet.

Anlässlich des Todestages eines 19-Jährigen haben am Samstag, den 4. April rund 530 Neonazis und am Freitag, den 3. April rund 80 Neonazis in Stolberg (Kreis Aachen) demonstriert. Nachdem der Tod des von einem Migranten erstochenen Heranwachsenden schon 2008 zu drei Aufmärschen in der Kleinstadt geführt hatte, versuchen NPD und Neonazis in Stolberg weiter einen Märtyrerkult zu etablieren, wie er seit Jahren im schwedischen Salem (nahe Stockholm) stattfindet.

Den Heranwachsenden hatte die rechtsextreme Szene anfangs entgegen der Realität und der Bitten der Eltern zum „Kameraden" und „Märtyrer" verklärt. Während Neonazis das Opfer bis heute noch als „Kameraden" ansehen, rückte die NPD davon wieder ab. „Der Marsch ist [...] eine Art Symbol für alle deutschen Opfer, die durch Ausländergewalt umkamen," hatte der Initiator, der Dürener NPD-Kreischef Ingo Haller, zuvor mitgeteilt. Unterstützt wurde Haller bei der Mobilisation von der „Kameradschaft Aachener Land" (KAL) und den Neonazis Christian Malcoci (Neuss/Grevenbroich) und Sven Skoda (Düsseldorf).

Weil die Polizei Hallers ursprüngliche Wegstrecke für den 4. April nicht anerkannt hatte, konnte ein breites gesellschaftliches Bündnis im Innenstadtbereich Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen mit bis zu 2.500 Teilnehmern abhalten. Den Aufmarsch der Neonazis konnte man so zumindest am Samstag im Zentrum verhindern. Jedoch hatte Haller zuvor auch noch einen Fackelmarsch in der Innenstadt in den Abendstunden des 3. April angemeldet. Haller, der bis ins Jahr 2018 rund um den Todestag bislang nur einen Aufmarsch geplant hatte, kündigte an, fortan werde jährlich am Vorabend des „Trauermarsches" immer auch ein „Fackelmarsch" stattfinden. Der einschlägig vorbestrafte Neonazi Axel Reitz (Köln) sagte in seiner Rede, die „Nationalisten" selbst seien „Fackeln", die eines Tages „all das Kranke, das Dekadente [...] aus unserem Volkskörper raus [...] brennen" würden.

Der „Trauermarsch" am 4. April konnte dann nur von einem Außenbezirk aus bis zum Innenstadtrand ziehen. Der Hamburger Neonazi Christian Worch drohte in seiner Rede, wegen der Gegenaktionen und behördlicher Auflagen werde es bald in Stolberg eine „weitere Demonstration" geben. Weitere Redner am Samstag waren Reitz, Skoda, Robert Klug (Bonn) und Haller. Haller verglich dabei den „Nationalen Widerstand" mit einem Bauern, der sein Land bestelle und gelegentlich auch „Unkrautvernichter" einsetze, um „unerwünschte Gäste" – gemeint waren Hallers Analogie folgend Migranten – zu bekämpfen. Anwesend waren neben anderen die teils selbst erheblich wegen einschlägiger Delikte verurteilten Neonazis Ralph Tegethoff (Bad Honnef), Sascha Krolzig (Hamm) und Norman Bordin (München).

„Wir kriegen euch alle"

Nachdem die erste Hälfte des Aufmarschs am Samstag schweigend zu getragener Musik vonstatten ging, skandierten die Neonazis im zweiten Teil fremdenfeindliche Parolen wie „Kriminelle Ausländer raus! Und der Rest auch!" Migranten wurde in ihren Häusern zugerufen: „Wir kriegen Euch alle!" Sowie: „Ali, Mehmet, Mustafa, geht zurück nach Ankara!" In mindestens einem Fall wurde aus einer Gruppe heraus auch die Parole angestimmt: „Wo sind Deutschlands größte Feinde? In der jüdischen Gemeinde."

Auch auf der An- und Abreise der Neonazis kam es am 4. April zu Zwischenfällen. Weil die Polizei gegen Mittag am Stolberger Hauptbahnhof noch eine Blockade durch rund 200 Nazigegnern räumte, verließen nach Szeneangaben rund 250 Neonazis einen in der Nachbarstadt Eschweiler gestoppten Zug. Sie wollten in einer „Spontandemo" in das rund fünf Kilometer entfernte Stolberg marschieren. Die Polizei stoppte den Aufzug, an dessen Spitze unter anderem Worch und der einschlägig vorbestrafte KAL-„Kameradschaftsführer" und stellvertretende Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Düren, René Laube (Vettweiß), mitmarschierten.

Bei der Abreise kam es später noch am Hauptbahnhof in Stolberg zu Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und der Polizei. An einem Zug kam es dabei zu Beschädigungen. Mehrere Neonazis wurden in Gewahrsam genommen.

Michael Klarmann

Aktivistisches Potenzial

Junge Nationaldemokraten und Neonazis sind in Bayern wie auch Baden-Württemberg auf dem Vormarsch.

Dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann zufolge ist gegenüber dem Rechtsextremismus weiterhin „höchste Wachsamkeit" geboten. Er begrüße es ausdrücklich, dass Städte und Gemeinden sowie die Bürgerinnen und Bürger den rechtsextremen Machenschaften entgegen träten, betonte Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts am 30. März in München.

Die NPD verfügt im Freistaat nach wie vor über ihren mitgliederstärksten Landesverband (1050) einschließlich der Jungen Nationaldemokraten und dem weitgehend inaktiven NHB. Unter den Parteimitgliedern seien zahlreiche Neonazis und Skinheads, hält der Verfassungsschutz fest. Dieser aktivistische Flügel konnte sich auf dem Landesparteitag im November 2008 aber nicht durchsetzen, worauf mehrere Funktionäre der Partei den Rücken kehrten, darunter auch der JN-Vorsitzende Matthias Fischer, wird berichtet. Die bayerischen JN, die seit November unter der Leitung des JN-Bundesverbandes stehen, steigerten sich auf nunmehr 90 Anhänger (plus 20). Bei den Landtagswahlen im September 2008 erzielte die NPD zwar nur 1,2 Prozent, über die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) war ihr allerdings im März der Einzug in die Stadträte von München (1) und Nürnberg (2) gelungen. Dem Münchner BIA-Stadtrat Karl Richter dürfte jetzt durch seine neue Funktion als stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender eine wachsende innerparteiliche Bedeutung zukommen. Kontakte bestünden auch zur Kameradschaftsszene, so sei Richter bei einer Veranstaltung der „Freien Nationalisten München" als Redner aufgetreten, hält der Bericht fest. Insgesamt sieben Kameradschaften werden aufgelistet, das Personenpotenzial der Neonazis wird mit 400, der rechtsextremen Skinheads mit rund 700 Anhängern beziffert. Bei den Skinheads sehen die Verfassungsschützer nach wie vor die größte Gewaltbereitschaft, von 88 Tatverdächtigen der im vergangenen Jahr begangenen 68 (2007: 82) Gewaltdelikte gehörten demnach 50 dieser Szene an.

Wie sich die Ablösung des Parteipatriarchen Gerhard Frey durch den 37-jährigen ehemaligen NPDler Matthias Faust an der DVU-Spitze auswirken wird, wollen die Verfassungsschützer nicht vorhersehen. Der Mitgliederschwund bei der DVU hält weiter an (aktuell 800; minus 100), die Partei sei weiterhin bei Gerhard Frey verschuldet, wird betont. Rückläufig ist die Auflagenentwicklung der „National-Zeitung", sie ist innerhalb der letzten fünf Jahre um rund 9000 auf jetzt 32.000 Exemplare gesunken.

Eine ähnliche Entwicklung des rechtsextremen Personenpotenzials zeichnet sich in Baden-Württemberg ab. Die DVU ist demnach rund 100 Mitglieder verlustig gegangen (aktuell: 600). Nicht mehr aufgeführt im Verfassungsschutzbericht werden in ihrer früheren Hochburg Baden-Württemberg seit 2007 die Republikaner, denen 2006 noch 900 Mitstreiter zugerechnet wurden. Damit dürfte sich der zahlenmäßige Rückgang des rechtsextremen Potenzials auf insgesamt 2.700 Personen erklären. Bei der NPD wird ein leichter Zuwachs auf 450 (plus 10) Mitstreiter verzeichnet. Als bedenklich stuft der Verfassungsschutz die Verjüngung der NPD ein. Ein knappes Viertel der NPD-Mitgliedschaft sei den JN zuzurechnen, die ihre Anhängerschar auf 110 (2007: 90, 2006: 60) gesteigert hätten. Die JN verfügten hier über einen ihrer den strukturell am deutlichsten ausgeprägten Landesverbände, wird konstatiert.

Für das vergangene Jahr zählten die Verfassungsschützer weniger gewaltbereite Rechte und Skinheads (740; 2007: 850). Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten ist auf 1200 (1089) angestiegen, die der Gewaltdelikte auf 56 (78) zurückgegangen. Personellen Zulauf verbuchten die Neonazis, die auf 400 Aktivisten (plus 60) geschätzt werden. 90 davon sollen militante Autonome Nationalisten sein, die zusätzlich wohl noch über ein erhebliches Unterstützerpotenzial bei ihren zahlreichen Aktionen verfügten, wird gemutmaßt. Der jetzt verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend" wurden im Ländle 25 Anhänger zugerechnet, vereinzelt hätten hier auch HDJ-Aktivitäten stattgefunden, wird zugegeben. Ein Baden-Württemberger soll Verantwortlicher eines aufgelösten HDJ-Zeltlagers im August 2008 im mecklenburgischen Hohen Sprenz gewesen sein, daran teilgenommen hätten auch Kinder und Jugendliche aus dem südwestlichen Bundesland, heißt es.

Gabriele Nandlinger

Krisenzeiten

Der rechtsextreme französische Front National führt eine aktive Wahlkampfkampagne mit sozialpopulistischen Themen.

Frankreich wies in Gestalt des Front National (FN) lange Zeit eine der mit Abstand stärksten rechtsextremen Parteien in Westeuropa auf. Es waren just Wahlen zum Europäischen Parlament, jene im Juni 1984, die dem FN den ersten entscheidenden Durchbruch auf landesweiter Ebene bescherten.

Heute ist der Front National einer doppelten Problematik ausgesetzt: erstens der ungelösten Frage der Nachfolge ihres seit dem Gründungsjahr 1972 ohne Unterbrechung amtierenden „Präsidenten". Und zweitens der Schwierigkeit, gegenüber einer selbst nach weit rechts ausgreifenden Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy ein eigenständiges Profil zu behaupten. Soll man sich dem gegenüber als ultrakonservative Partei derer, denen Sarkozy noch nicht genug für das Eigentum und die „traditionellen Werte" tut, profilieren? Oder soll man sich lieber als „Partei des sozialen Protests" von einem regierenden konservativen Block weitestgehend absetzen?

Die ideologische „Synthese", die bislang die französische rechtsextreme Partei auszeichnete, scheint in Frage gestellt zu sein. Denn der Front National verfügte nie über eine einheitliche Ideologie, sondern stellte stets ein Konglomerat aus heterogenen Strömungen dar. So gehörten katholische Fundamentalisten oder Monarchisten dem FN lange Zeit ebenso an wie „Nationalrevolutionäre", die sich selbst als „antikapitalistische Systemgegner" aufspielen. Dem ultrarechten Katholizismus stand als ideologisches Gegenstück das rassistische Neuheidentum, das innerhalb der Partei ebenfalls seine Anhänger hatte, gegenüber.

Ein halbes Dutzend größerer und kleinerer Abspaltungen vom Front National hat es im vergangenen Jahr gegeben, während das aufrecht erhaltene „Zentrum" der Partei unter Jean-Marie Le Pen erheblich geschwächt ist. Als letzte Abspaltung hat sich am 23. Februar dieses Jahres Le Parti de la France (LPDF, wörtlich „die Partei Frankreichs") unter dem früheren FN-Generalsekretär Carl Lang formiert. Die neue „Dissidentenpartei" versucht, sowohl rassistische Neuheiden – wie Lang selbst – als auch katholische Fundamentalisten anzusprechen. Gemeinsame Grundlage ist der Vorwurf der „ideologischen Aufweichung" und des „Prinzipienverrats" an den FN. LPDF stellt auch eigene Listen zur Europaparlamentswahl auf. Prognostiziert werden den Abweichlern um Lang derzeit 0,5 Prozent. Doch dürften diese ihre Beteiligung an der Wahl wohl nur als „Testlauf" begreifen, um ein Kaderpotenzial neu zu sammeln und um sich zu scharen, das dem FN verlustig zu gehen droht.

Dem historischen Front National unter Le Pen – Vater und Tochter – werden derzeit lediglich zwischen 5,5 bis 6 Prozent vorhergesagt. Allerdings führt der FN derzeit eine recht aktive Wahlkampfkampagne. Marine Le Pen und sogar der eher dröge wirkende zweite Vizepräsident, Bruno Gollnisch, treten morgens um 5.00 Uhr vor Fabriktoren auf, um Flugblätter zur Finanz- und Wirtschaftskrise und zur „Notwendigkeit eines neuen Protektionismus" zu verbreiten. Vor dem Hintergrund eines Raubüberfalls auf ein Rentnerehepaar in Nordfrankreich betrieb Marine Le Pen ab dem 19. März eine Kampagne für die Wiedereinführung der Todesstrafe, die in Frankreich 1981 abgeschafft worden war.

Zuletzt knüpfte Marine Le Pen wieder an populistische Themen an, als sie am 15. April die Arbeitnehmer in Frankreich dazu aufforderte, „ihre Abgeordneten und Politiker festzusetzen". Dadurch reagierte sie auf die aktuelle Welle von Aktionen, die darin bestehen, Manager, Werksdirektoren oder Unternehmensleiter für 24 oder 48 Stunden festzusetzen – einzusperren –, weil die abhängig Beschäftigten damit etwa gegen drohende Entlassungen protestieren. Diese Aktionen sind durchaus populär, 55 Prozent der Franzosen erklärten sie am 15. April für „gerechtfertigt". Marine Le Pen möchte sie, statt auf die Vertreter von Wirtschaftsunternehmen, lieber auf „Politiker" umlenken.

Obwohl die Partei stark geschwächt erscheint, was ihr Kader- und Aktivistenpotenzial betrifft und sie auf einen sehr schmalen Führungszirkel zusammengeschrumpft ist, wäre es verfrüht, den FN totzusagen. Besonders in den aktuellen Zeiten „der Krise" könnte er mit seinen Thesen noch immer einigen Anklang finden. Allerdings scheinen die Zeiten der zweistelligen Wahlergebnisse seit 1984 der Vergangenheit anzugehören.

Bernhard Schmid

Zwielichtige Nähe

Die „Humanwirtschaftspartei" wird ihren bräunlichen Schatten nur schwer los.

Es solllen nur 2.500 Unterstützungsunterschriften zusammengekommen sein, aus der geplanten Kandidatur zur Europawahl ist nichts geworden. Das hat vielleicht auch sein Gutes: Die „Humanwirtschaftspartei" (HWP) und ihre Vorgängerin „Freisoziale Union" (FSU) sind nämlich immer wieder in das Visier von Rechtsextremismus-Kennern geraten. Die so genannten Freiwirtschaftler propagieren die Lehre des 1930 verstorbenen Silvio Gesell, der der Zinswirtschaft und dem Zins den Kampf angesagt hatte. Statt „Zinsknechtschaft" setzte er auf eine „natürliche Wirtschaftsordnung".

Bekannt ist, dass die 1950 gegründete FSU im ultrarechten Fahrwasser unterwegs war. Das machte sich zum Beispiel an der Person des langjährigen FSU-Generalsekretärs Ferdinand Böttger fest. Der war nach dem Verbot der rechtsextremen „Sozialistischen Reichspartei" 1952 direkt zur FSU gewechselt. Als „General" war er von 1969 bis 1982 beschäftigt. Im März 1999 wurde im Auftrag des FSU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ein „Gutachten zum angemessenen Umgang mit den Vorwürfen des Rechtsextremismus gegen die FSU" veröffentlicht. Darin werden zahlreiche Personen und Vorkommnisse aufgeführt, die die „Ultrarechts"-Vorwürfe gegen die FSU erhärteten.

2001 firmierte die FSU um, nennt sich seitdem „Humanwirtschaftspartei". In einer ausführlichen Stellungnahme distanziert sich der HWP-Vorstand von rechtsextremen Positionen und Aktionen. Aber auch die HWP ist nicht frei von solch einer zwielichtigen Nähe. Das belegt etwa Professor Johannes Heinrichs, 2006 HWP-Spitzenkandidat bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Heute unterstützt er die HWP als Referent bei Seminaren und Autor ihres Magazins „Humane Wirtschaft". Heinrichs gehörte zumindest bis 2001 dem 2003 stillgelegten „Arbeitskreis Demokratiereform" aus dem Umfeld der „Deutschland-Bewegung" von Alfred Mechtersheimer an. Der ehemalige Friedensforscher gilt als wichtiger Verfechter einer „nationalen Sammlungsbewegung". Als solcher wurde er auch in Verfassungsschutzberichten erwähnt. Als Sprecher des „Arbeitskreises Demokratiereform" fungierte Ferdinand Neitzert, Regionalbeauftragter Nord der „Deutschland-Bewegung". Zu den Mitgliedern zählte der Rechtsanwalt Hans-Georg Hess, 1997 einer der Unterzeichner des „Aufrufs an alle Deutschen" zur „Notwehr" gegen den „von der Staatsführung amtlich geplanten und mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord". Die Bundesregierung habe „die Wehre zur Einleitung fremden Blutes sperrangelweit geöffnet". In dem Aufruf ist von „Hochverrat" die Rede.

Die Pressemitteilungen und sonstigen „Verlautbarungen" des Arbeitskreises wurden und werden über die Internet-Seiten des „Fürstentums Sealand" verbreitet. Sie sind Teil der Präsentation des „Sealand Business Clubs", einer Einrichtung des „Fürstentums". Auf einer ehemaligen britischen Hochseefestung wurde besagtes Fürstentum gegründet. Deren Protagonisten nehmen für sich in Anspruch, einen souveränen Staat geschaffen zu haben. Über den „Sealand Business Club" können auch die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion" bezogen werden.

In einem Handbuch der „Regierung des Fürstentums Sealand" vom Februar 2004 wird behauptet, das „Judentum" habe bereits die Vereinigten Staaten unterwandert und strebe die „Weltherrschaft" in Form eines „zentral regierten Weltstaates mit Jerusalem als Hauptstadt" an. Das „Judenproblem" sei „das mit Abstand größte Problem der Menschheit". Es könnte höchstens dann noch friedlich gelöst werden, wenn die Staaten Israel und USA aufgelöst und den Juden „ein Stück Land an der Ostküste Nordamerikas für einen eigenen kleinen Staat zur Verfügung" gestellt würde.

Noch eine andere Personalie aus der „Humanwirtschaftspartei" ist einschlägig: Horst Mikonauschke, von 1998 bis 1999 Bundesvorsitzender der FSU, amtierte laut Bundeswahlleiter-Auskunft zumindest bis Ende 2007 als schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender der HWP. Mikonauschke war in den 90er Jahren wirtschaftspolitischer Berater und Mitglied des Hauptvorstandes des „Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes" (DAV). Diese Pseudo-Gewerkschaft ist der rechtsextremen NPD verbunden und wurde in den Verfassungsschutzberichten erwähnt. Im Sommer 1998 referierte Horst Mikonauschke sogar bei der Gründung des NPD-Arbeitskreises für Wirtschaftspolitik.

Thomas Klaus

Verweigerte Rettung

In der Türkei und in Norwegen haben rigide Staatsbürgerschaftsgesetze, Bürokratie sowie auch Kollaboration den Nazis bei der Verfolgung der Juden in die Hände gespielt.

Die Erforschung der NS-Zeit sei im Wesentlichen abgeschlossen. Weitere aufschlussreiche Untersuchungen seien nicht zu mehr zu erwarten. Diese Auffassung kann man in jüngster Zeit immer häufiger hören oder lesen. Dabei ist es gleichgültig, ob sie Ausdruck der Hoffnung sind, weiteres Unrecht nicht mehr befürchten zu müssen, oder gesicherter Erkenntnis, man wisse nun alles. Beide Meinungen treffen nicht zu. Ein Blick auf die Kollaboration in einzelnen besetzten Staaten macht das deutlich.

Die Niederlande haben sich schon 1945 gleich nach der Befreiung mit dieser Frage beschäftigt. Das eigens dazu gegründete Rijksinstituut voor Oorlogsdokumentatie (Reichsinstitut für Kriegsdokumentation) mitten in Amsterdam galt bald als führend in der westlichen Welt. Ihr hoch verdienter Gründer und Direktor Professor Louis de Jong, während des Krieges Leiter der niederländischen Sendungen der Londoner BBC, hat viele Jahre lang Widerstand und Kollaboration in den Niederlanden von 1940 bis 1945 untersucht. Sein Ergebnis: Die Niederländer haben besonders aktiv und erfolgreich Widerstand geleistet. Demgegenüber schienen die Belgier eher gekuscht zu haben. Heute wissen wir, dass es genau umgekehrt war, nur wurde in Belgien davon weniger Aufhebens gemacht. Viel mehr Belgier haben vor allem Juden geholfen, im Untergrund zu überleben. Einer von ihnen war Paul Spiegel.

Nachkriegsfrankreich sonnte sich lange im Glanz der Resistance. Erst viel später wurde klar, wie umfangreich die französische Polizei und andere Behörden mit den Besatzern kollaboriert haben. Ohne ihren aktiven Einsatz wäre die Deportation der französischen Juden gar nicht möglich gewesen.

Nun hat der Verlag Assoziation A., Berlin, zwei Studien vorgelegt, die weitere historische Fassaden zum Einsturz bringen dürften. Es geht um die Frage der Kollaboration in Norwegen und in der Türkei. Beide Staaten schienen leuchtende Vorbilder verweigerter Zusammenarbeit gewesen zu sein. Die Türkei galt vielmehr als sicherer Hort für politisch oder rassisch Verfolgte. Hier wurde oft der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter (SPD), genannt, der in Ankara Schutz gefunden hat. Tatsächlich hat die türkische Regierung jedoch ihr Pass- und Staatsangehörigkeitsrecht so extensiv gehandhabt, dass türkischen Juden Schutz verwehrt werden konnte und wurde. Nicht anders hat sich die Regierung in Oslo verhalten.

„Wissentlich unterlassene Hilfeleistung“

In der Türkei wurden nach dem Ersten Weltkrieg Abertausende Armenier, Kurden und Juden zur Auswanderung gezwungen. Die Türkei sollte ein Staat der Moslems werden. Die Ausgestoßenen gingen nach Frankreich, in die Benelux-Staaten oder nach Deutschland. Wer nicht am „Befreiungskampf“ in den frühen 20er Jahren teilgenommen hatte, durfte später auch nicht zurückkehren. Bei diesen Passgesetzen blieb es auch nach 1933, als es für Juden in Deutschland lebensgefährlich wurde. Zwischen 1942 und 1944 entzog die türkische Regierung diesen Juden sogar die Staatsbürgerschaft, obwohl die Regierung in Ankara genau wusste, was damit den Juden bevor stand. Juristen nennen das „wissentlich unterlassene Hilfeleistung“.

Norwegen, das unverändert als nahezu Kollaborationsresistent galt, erweist sich bei näherem Hinsehen als damals hartherzig und gezielt überbürokratisiert. Zwar wollte der Chef der norwegischen Nazis, V. Quisling, gern Chef einer NS-ähnlichen Regierung werden. Hitler setzte aber Gauleiter Josef Terboven ein, sodass Quisling nicht mehr viel zu sagen hatte. Nun war es ohne Schwierigkeiten möglich, ebenfalls wie in der Türkei Pass- und Staatsbürgerschaftsgesetze zu verabschieden, die Juden jeglichen Schutz entzogen. Es war nicht mehr notwendig, bei der Regierung in Oslo um die Genehmigung zu bitten, die norwegischen Juden deportieren zu dürfen. Terboven erledigte das von sich aus.

All das ändert selbstverständlich nichts an der deutschen Schuld. Beide Fälle zeigen aber, dass die gründliche Erforschung der NS-Zeit und deren Folgen keineswegs beendet ist.

Heiner Lichtenstein

NPD will in die Kreistage

Schwerin/Stralsund – Bei den Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern bewerben sich 70 Rechtsextremisten um die Mandate, die NPD tritt aber nicht in allen Landkreisen an. In den Landkreisen Rügen, Mecklenburg-Strelitz und Demmin reichten die Rechtsextremisten keine Wahllisten ein. Gleiches gilt für die Hanse- und Universitätsstadt Greifswald. Die NPD hat zwar die Wahlunterlagen angefordert, die Anmeldefrist dann jedoch verstreichen lassen. Anders im benachbarten Stralsund. Hier bietet die NPD 6 Bewerber auf. Insgesamt bewerben sich 70 Rechtsextremisten – darunter fast die gesamte Landtagsfraktion − um die Mandate. Während in der Landeshauptstadt Schwerin drei, im Landkreis Nordvorpommern zwei und in Neubrandenburg ein NPD-Kader gemeldet wurden, tritt die NPD in ihren Hochburgen im Uecker-Randow-Kreis und in Ostvorpommern mit 11 beziehungsweise 9 Kandidaten an. In der laufenden Legislaturperiode ist die Partei bislang in den Kreistagen Ludwigslust, Müritz und Ostvorpommern und der Stralsunder Bürgerschaft vertreten. (tn)

„Pro NRW" an symbolträchtigem Ort

Gelsenkirchen – Die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte „Bürgerbewegung pro NRW" will ihren Landesparteitag am 14. Juni im stadteigenen Schloss Horst in Gelsenkirchen abhalten. Die Rechtspopulisten wollen bei dem Treffen ihre Landesliste für die Landtagswahl 2010 aufstellen. Im Februar 2008 hatte in Schloss Horst bereits ein Bezirksparteitag von „pro NRW" für das Ruhrgebiet stattgefunden. Diesmal soll „pro NRW" nicht willkommen sein. Einem Bericht der WAZ zufolge sucht die Rechtsabteilung der Stadt nach juristischen Hebeln, die Anmietung zu verhindern. Gegen die Stimme des „pro NRW"-Ratsmitglieds Kevin Gareth Hauer hielt der Stadtrat fest, es sei „unerträglich", diesen symbolträchtigen Ort einer „das demokratische System verächtlich machenden Vereinigung" wie „pro NRW" zu überlassen. (ts)

NPD-Spektakel in Niederbayern

Straubing – Am 6. Juni dieses Jahres soll in Straubing; Niederbayern der diesjährige NPD-Bayerntag stattfinden. Als Redner sind der DVU-Bundesvorsitzende Matthias Faust, Ralf Ollert, NPD-Landesvorsitzender Bayern und Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) in Nürnberg, sowie Sascha Roßmüller, ehemaliger Bundesvize, stellvertretender NPD-Landesvorsitzender Bayern, angekündigt. Das musikalische Rahmenprogramm gestalten unter anderem der unvermeidliche NPD-Liederbarde Frank Rennicke und die Anfang der 90er Jahre gegründete Szeneband „Sturmwehr" aus dem nordrhein-westfälischen Gelsenkirchen. Der Eintritt für die Veranstaltung beträgt 10 Euro. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de